Nummer 569

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Sonnabend, 5. Dezember 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen" tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter handelspol. w. Junk Berlin Polit. Leit. Dr. Paul Oestel Berlin Kunst Wissenschaft und Lokales S. Köppen Berlin-Friedenau Inseratenteil A. Mangelsdorf Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H. Berlin W 8 Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2483

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.— Rmk., Stellungsuchende 0.50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugs-Preis: monatlich 6.00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspeditteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1926 für Amerika 7.50 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat Dezember 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark,

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 20412

Nur durch MANNA es gelingt, daß der Lackschuh nicht mehr springt

Kaloschen Schuhcreme KO das es flüssig und neutral selbstglänzend

Die Kabinetts-Umbildung.

Der Rücktritt des Kabinetts Luther wird heute erfolgen, nachdem vormittags, wie bereits gemeldet, eine Kabinettssitzung stattgefunden haben wird. Der Reichspräsident wird danach unverzüglich die Verhandlungen mit den Parteiführern beginnen. Gleichzeitig werden die Verhandlungen zwischen den Reichstagsfraktionen wieder in Fluß kommen. Allgemein wird angenommen, daß Dr. Luther spätestens am Montag von Hindenburg den offiziellen Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts erhalten wird. Die Entscheidung darüber, ob eine schnelle Lösung der Regierungskrise herbeigeführt werden kann, liegt, wie wir schon ausführten bei der Volkspartei und dem Zentrum. Die Aussichten auf ein Kabinett der großen Koalition haben sich in den letzten vierundzwanzig Stunden nicht gebessert.

Keine Sonderkonferenz über die Rückwirkungen.

Fortlaufend Verhandlungen in den Hauptstädten.

Von maßgebender Seite wird versichert: Die Londoner Meldung trifft nicht zu, daß im Februar eine Konferenz in Paris stattfinden solle. Die deutsche Delegation sieht gerade darin ein wesentliches Ergebnis der Konferenz von Locarno, daß sozusagen eine neue Geschäftsgrundlage geschaffen ist auf der laufend Verhandlungen stattfinden über die von Deutschland noch ungeklärten Fragen. Bekanntlich wird nach der Rückkehr des Reichskommissars von Simmern in Koblenz über die noch strittigen Rheinlandfragen und am 7. Dezember in Paris über die deutsche Luftfahrt verhandelt werden. Außerdem laufen ununterbrochen Verhandlungen in den Hauptstädten, natürlich auch in Berlin, so daß schon deshalb kein Anlaß zu einer Sonderkonferenz vorliegt. Auch in London hat die deutsche Delegation lediglich Gelegenheit genommen, die leitenden alliierten Staatsmänner in eingehenden privaten Unterhandlungen für die noch schwebenden Probleme anzuspannen, und man glaubt, daß dadurch wesentliche Fragen, wie z. B. die der deutschen Luftfahrt, ihrer Lösung einen guten Schritt näher gekommen sind.

Polen und Tschechoslowakei sind befriedigt.

Benesch und Strzynski über die Locarno-Verträge.

TU London, 4. Dezember.

Der tschechoslowakische Außenminister Benesch, der heute vormittag London verlassen hat, erklärte vor seiner Abreise, die mit den Locarno-Verträgen zusammenhängenden Verhandlungen hätten die wichtige Tatsache bewiesen, daß zwischen Frankreich und Großbritannien volle Einmütigkeit in allen politischen Fragen Europas bestehe. Auch ihre Haltung Deutschland gegenüber sei vollkommen einheitlich. Das in London gekrönte Werk von Locarno könne er als den Interessen der Tschechoslowakei entsprechend erklären. Der polnische Ministerpräsident Strzynski erklärte vor seiner Abreise, der französisch-polnische Vertrag lasse sich nur so auslegen, daß Frankreich Polen im Falle eines deutschen Angriffes unverzüglich zu Hilfe eilen werde. Ferner erwähnte er, daß in London auch die russische Frage besprochen worden sei, doch habe es sich dabei nicht um innere russische Angelegenheiten gehandelt, in die sich niemand einzumischen beabsichtige.

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Nicht vor Ende März · Anfang April.

Paris, 4. Dezember.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Genf berichtet: Eine Anmeldung Deutschlands zum Völkerbund während der Dezembertagung des Völkerbundsrats ist nicht zu erwarten. Man darf aber feststellen, daß bei deutscher Regierung zu jeder Zeit ihr Aufnahmegesuch an das Generalsekretariat richten kann. Wenn das Gesuch zu einem Zeitpunkt eingereicht wird, der der übernächsten Tagung des Völkerbundes im Monat März, die in Madrid stattfinden soll, nahekommt, so würde eine außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes Ende März oder Anfang April zusammentreten, um über das deutsche Aufnahmegesuch zu entscheiden.

Die deutschen Wünsche sollen immer noch „geprüft" werden.

EP Paris, 4. Dezember.

Der „Temps" veröffentlicht ein Interview mit den gestern nach Brüssel zurückgekehrten belgischen Außenminister Vandervelde, der erklärte: Es sei wahrscheinlich, daß ebenso wie die belgische Regierung auch Frankreich die deutschen Wünsche auf Erleichterung der militärischen Lasten in den beiden noch besetzten rheinischen Zonen, vor allem hinsichtlich einer Verminderung der Besatzungstruppen in der dritten Zone, im „Geiste von Locarno prüfen werde. Den Bemühungen, mit Rußland zu einem zweiten Locarnopakt zu gelangen, stehe er wohlwollend gegenüber, doch könne er als Außenminister in dieser Hinsicht keine Initiative ergreifen.

Zweierlei Gerechtigkeit am Rhein.

Die Rückkehr zum vertragsmäßigen Zustand gemäß dem Rheinlandabkommen in der Ausübung und Zuständigkeit der französischen Militärjustiz im besetzten Gebiet stellt eine der deutschen Mindestforderungen im Rahmen der „Rückwirkungen" des Vertrages von Locarno dar. Wie notwendig ist zu einer wirklichen notwendigen Beseidung Europas ist, zeigt die erste sachliche Darstellung über „Französische Militärjustiz und Militärpolizei im besetzten Gebiet" im neuesten Sonderheft der Süddeutschen Monatshefte. Nunmehr ist ein besonders krasser Fall bekannt geworden, der sich am 20. November 1925, also wenige Tage vor der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno, vor dem Kriegsgerichte Landau in nächtlicher Sitzung zugetragen hat. Der zugrunde liegende Vorgang ist folgender: Ein gewisser Sokoli von Kaiserslautern war in betrunkenem Zustande mit einem anderen Deutschen in Streit geraten. Polizeiüberwachtmeister Schneider, der Sokoli zur Ruhe bringen wollte, wurde von diesem tätlich angegriffen. Die „Interalliierte Rheinlandkommission" verbot die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Sokoli wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt mit der Begründung, daß Sokoli im Dienste der Besatzungsbehörde stehe. Gleichzeitig wurde aber Polizeiüberwachtmeister Schneider, der in Ausübung seines Dienstes gegenüber einem Deutschen pflichtgemäß vorgegangen war, zum Angeklagten gemacht und vor das Kriegsgericht gestellt unter der Beschuldigung, einen im Dienste der Franzosen stehenden Deutschen unter Umständen mittelbar die französische Besatzungsbehörde selbst beleidigt zu haben. Obwohl der Verteidiger, ein französischer Rechtsanwalt, nachdrücklich die Zuständigkeit des Kriegsgerichts in dieser rein innerdeutschen Angelegenheit bestritt, lautete das Urteil — und zwar unter ausdrücklicher Berufung auf den „Geist von Locarno — auf 500 Mark Geldstrafe.

Die Entfestigung Kölns beendet.

TU Köln, 4. Dezember.

Die im Vertrage von Versailles vorgesehene Entfestigung Kölns hat im wesentlichen ihren Abschluß gefunden. Es sind alle Forts zerstört worden, bis auf einige wenige auf der rechten Rheinseite über deren Schicksal noch nicht entschieden ist. Diese Werke sind auf Anweisung der Besatzungsbehörde stehen geblieben wahrscheinlich als örtlich Sicherung Bei der Zerstörung der modernen Werke sind bis jetzt etwa 80 000 Kubikmeter Bauwerk gesprengt und zerkleinert worden.

Die militärische Umgruppierung.

Wiesbaden, 4. Dezember.

Heute vormittag sind die ersten englischen Truppen auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen. Der größte Teil derselben wurde in Richtung Höchst—Königstein weitergeleitet; eine Abteilung von etwa 100 Mann wurde hier ausgeladen und nach der requirierten Kaserne getragt. Die Engländer richten das alte Museum für Bureauzwecke ein, in dem sich gegenwärtig jedoch noch das Wohlfahrtsamt befindet. Weiter haben die englischen Besatzungsbehörden eine Reihe Pavillons des Städtischen Krankenhauses belegt. Das Wohnungsamt erließ einen Aufruf an die Einwohnerschaft gegen Vergütung Villen, möblierte und unmöblierte Wohnungen, Läden, Garagen usw. der Besatzungsarmee zur Verfügung zu stellen.

M.-Gladbach, 4. Dezember.

Der Abbau der hiesigen belgischen Besetzung hat begonnen. Die hier liegende Gendarmerieabteilung und das Militärlager bei Hehn haben Vorbereitungen für die Räumung getroffen.

Ein englisches Urteil über das Rheinland.

Die Wirkungen der Besatzungslasten.

London, 4. Dezember.

Generalmajor Sir Robert Hutchison, der mehrere Jahre lang stellvertretender Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee war, führt im „Spectator" aus, die Engländer hätten Köln schon Ende letzten Jahres verlassen müssen, und es bedauert, daß nach der Räumung Kölns die britischen Truppen wiederum deutsches Gebiet weiter rheinaufwärts besetzen. Er schreibt, wenn der Locarno-Pakt von irgendwelchem Nutzen für England sein soll, so muß er zur Abrüstung, insbesondere zur See und in der Luft, führen. Hutchison hofft, die britische Regierung werde alles tun, was sie kann, um ihre Besatzungstruppen in Europa sowie anderen Plätzen zurückzuziehen. Zu diesem Zweck müßten die Truppen die in Wiesbaden zurückbleiben, auf eine kleine Wache herabgesetzt werden. Die Kosten der Besatzungsheere seien riesig gewesen, und wenn man alles, was die deutsche Regierung direkt und indirekt dafür ausgegeben habe, dazu rechne, so könne man wohl verstehen, weshalb die deutschen Finanzen zum Chaos würden und der europäische Handel zurückging. Je eher die Alliierten das Rheinland an Deutschland übergeben könnten, umso besser sei es für den Frieden und für den Handel Europas. Man dürfe nicht vergessen, daß das Rheinland äußerst national gesinnt ist. Die Politik, die ein unabhängiges Rheinland herbeizuführen versuche, habe keinerlei Aussicht auf Erfolg.

Die Finanzdebatte im französischen Senat.

Die Gegner der neuen Inflation.

Paris, 4. Dezember.

Der Senat hat heute nachmittag die Generaldiskussion des von der Kammer angenommenen Finanzgesetzes begonnen, das die Erhöhung des Notenumlaufs um 7½ Milliarden Franken vorsieht. Zunächst verlas Henri Béranger den Bericht der Finanzkommission, die sich bekanntlich gestern für die unveränderte Annahme des Projektes ausgesprochen hat. In dem Bericht rief hauptsächlich die Feststellung, daß die Vorschüsse der Bank von Frankreich im Jahre 1925 sich auf über 17½ Milliarden belaufen haben, Bewegung hervor. Beifall fand die gegen Ausländer vorgesehene Sondersteuer. Als erster Redner sprach der radikale Senator Tissier. Darauf wandte sich auch der der Industrie nahestehende Senator Japy von der Fraktion Poincaré gegen die Inflation, während der sozialistische Senator Flaissieres und der ehemalige Finanzminister François Marsal, für den Gesetzentwurf eintraten.

Die Finanzkommission des Senats nahm heute vormittag mit 18 gegen 3 Stimmen Loucheurs Finanzprojekt an. Der Senat an sich ist in seiner Mehrheit Gegner einer neuen Inflation. Aber die Rechte ist wenig genesigt, unter den gegenwärtigen Umständen die

Verantwortung für eine neue Regierungskrise

auf sich zu nehmen. Man sieht voraus, daß etwa 100 als 125 Stimmen für die Regierung, ebenso viele Stimmenenthaltungen und etwa 100 Stimmen gegen die Regierung sein werden. Die demokratische Linke, so man als die eigentliche Regierungspartei im Senat betrachten kann, hat ihren Mitgliedern für die Debatte freie Hand gelassen. Von Seiten der Freunde Briands erwartet man, daß die Gegenarbeit der Sozialisten, die sich in diesen Tagen sehr stark bemerkbar machte, durch einen neuen Erfolg der Regierung im Senat zum Stillstand gebracht werden wird.

Radikaler Antrag auf Kontrolle des Devisenhandels.

Der radikale Abgeordnete Leon Meyer hat einen Gesetzentwurf über eine Kontrolle des Devisenhandels eingebracht. Danach sollen sämtliche Devisengeschäfte unter der Kontrolle des Finanzministeriums durch die Bank von Frankreich erledigt werden, wobei jeder Importeur, wenn er bei der Bank Devisen anfordert, seinen Bedarf nachweisen und die zu kaufenden Devisen bar bezahlen muß. Weiter wird jeder Exporteur, der Devisen vereinnahmt, verpflichtet, diese binnen drei Monaten in französische Währung umzuwandeln. Jede Operation, die den Kauf ausländischer Devisen nötig macht, sowie überhaupt jede Operation in ausländischen Wertpapieren soll demnach verboten werden.

Loucheurs Bemühungen.

Finanzminister Loucheur hat heute die beabsichtigten Besprechungen mit Vertretern der Finanz- und Bankwelt über seinen in großen Zügen festgelegten Finanzsanierungsplan begonnen. Er hat die Absicht, den Gesetzentwurf am kommenden Dienstag dem Ministerrat zu unterbreiten und ihn einige Tage später der Kammer vorzulegen.

Stützung der belgischen Währung.

New-York, 4. Dezember.

Das Banthaus Morgan u. Co. teilt mit, daß man sich von amerikanischer Seite an der Gewährung eines neuen Kredits beteiligen werde, der von englischen und anderen europäischen Bankkreisen zur Besserung der belgischen Währung in die Wege geleitet worden ist.

Die Regelung der irischen Grenze.

TU London, 4. Dezember.

Der Premierminister teilte heute im Unterhause mit, daß er den Gesetzentwurf über die Regelung der irischen Grenze nächsten Dienstag einbringen werde. Es ist anzunehmen, daß dieses Gesetz auf keine Schwierigkeiten stoßen wird, da die Beilegung des irischen Grenzstreites von allen Parteien begrüßt worden ist. Die einzige Einwendung dagegen dürfte sein, daß dem britischen Steuerzahler neue Opfer auferlegt werden sollen. Die Erklärung Baldwins, daß die britische Regierung mit dem neuen Uebereinkommen keine Verbindlichkeiten übernehme, wird so ausgelegt, daß die Regierung keine neuen Zahlungen zu leisten braucht. Es verlautet jedoch, daß die Regierung sich verpflichtet habe, dem Freistaat einen ziemlich bedeutenden Kredit — man spricht von 5—20 Millionen Pfund Sterling — einzuräumen. Man ist der Ansicht, daß die Sache dieses Opfers wohl wert ist, da das Uebereinkommen zu einer Entspannung der Lage geführt und die rechten Verhandlungen zwischen dem Freistaat und Ulster ermöglicht hat. Dadurch würden die beiden irischen Staaten auf den Weg der Versöhnung gebracht werden.

Das erwachende Afrika.

Die Neger verlangen das Wahlrecht.

TU London, 4. Dezember.

Ministerpräsident Hertzog hat sich an die Führer der national-radikalen Negerbewegung in einem Schreiben gewandt und sie zur Mäßigung ermahnt. Die Neger Südafrikas verlangen das Wahlrecht für alle Bewohner Südafrikas, eine Forderung, die besonders bei den Nationalisten im Parlament große Empörung hervorgerufen hat.

Die deutsche Außenhandelspolitik.

Ein Vortrag von Staatssekretär Dr. Trendelenburg.

In der Hamburger Börse sprach gestern nachmittag Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg auf Einladung der Bezirksgruppe Hamburg des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels über die deutsche Außenhandelspolitik. Unter den etwa 800 Hörern befanden sich Vertreter des Senats, der Bürgerschaft, der politischen Parteien, der Handelskammer, Mitglieder des Hauptvorstandes des Deutschen Großhandels und verschiedener Fachverbände des Handels. Dr. Trendelenburg ging zunächst auf die durch den Krieg hervorgerufenen Verschiebungen in der Weltwirtschaft ein, die eine Emanzipation der außereuropäischen Länder von Europa bedeute und am stärksten durch den Aufstieg Nordamerikas gekennzeichnet werde. Dieselbe Emanzipation erlebe das britische Weltreich in sich selbst. Dann führte der Redner weiter aus: Kein Wunder, daß bei diesem weltwirtschaftlichen Niedergang Europas sich dieser Wettreit in einer schweren chronischen Krise befindet, deren Erscheinungsformen je nach Ländern und Zeiten wechseln: Währungsnot, Kapitalmangel, Arbeitslosigkeit, soziale Kämpfe, innerpolitische Unruhen und äußere Konflikte, das sind die Symptome dieser sich steigernden Krise, von der fast kein europäisches Land, auch das am wenigsten geschädigte England nicht, verschont ist.

In dieser gemeinsamen Bedrängnis haben die europäischen Staaten bisher in folgerichtiger Fortführung der Kriegseinstellung nach dem Grundsatz gehandelt, daß jeder sich selbst am nächsten ist. Durch scharfe Eingriffe in die Freiügigkeit der Waren, des Geldes und der Menschen hat jedes Land versucht, sich gegen die Not der übrigen gewissermaßen abzuklapseln. Gerade, als wenn die Völker nur des Krieges mit den Waffen müde, entschlossen wären, den Kampf mit wirtschaftlichen Mitteln als Kampf aller gegen alle fortzusetzen, haben sie die politische Balkanisierung Europas zu einer wirtschaftlichen Balkanisierung fortgetrieben.

Aber es ist unverkennbar, daß Europa beginnt, sich auf seine gemeinsamen Interessen zu besinnen, und es wird wahrlich höchste Zeit, daß diese Selbstbesinnung sich in allen Zweigen des wirtschaftlichen und politischen Lebens Europas zu regen beginnt; denn nicht mit Unrecht ist kürzlich von prominenter englischer Seite geäußert worden,

Europa scheine im Begriff zu stehen, Selbstmord zu verüben.

Gerade Deutschland, das den wirtschaftlichen Niedergang und die politischen Wirrnisse Europas am stärksten von allen europäischen Ländern am eigenen Leibe spüren muß, das geographisch im Herzen Europas liegt und auch wirtschaftlich als Mittler zwischen Ost und West berufen ist, muß allen Bestrebungen, die auf die wirtschaftliche Konsolidierung Europas abzielen, das allergrößte Interesse entgegenbringen.

Unter den möglichen Wegen praktischen Fortschritts hat sich vorerst der

privatwirtschaftliche Weg

als solcher erwiesen, auf dem die psychologischen Hemmungen, unter denen das Europa der Nachkriegszeit leidet, am leichtesten überwunden werden. Ich erinnere z. B. an das Abkommen zwischen der deutschen und der französischen Kaliindustrie, durch das ein völlig sinnloser Konkurrenzkampf beendet und die Stellung der Kaliindustrie auf dem Weltmarkt wesentlich gefestigt wurde. Auch die bekannten, leider bisher erfolglos gebliebenen Verhandlungen zwischen den verschiedenen kontinentalen Gruppen der Schwerindustrie, die parallel mit den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen und mit den Verhandlungen über die Neubegründung einer Internationalen Schienen-Vereinigung geführt wurden, sind unter dem Gesichtspunkt europäischer Konsolidierung betrachtet, ein bedeutsamer Versuch praktischen Fortschritts. Viel erörtert wird in neuester Zeit das Problem des europäischen Kohlenbergbaus, der durch Erweiterung der eigenen Produktionskapazität, durch das Vordringen des Erdöls und der Wasserkraft in der Energiewirtschaft, durch die Verbesserungen der Wärmewirtschaft, sowie schließlich durch einen erbitterten Konkurrenzkampf der europäischen Produktionsgebiete in eine schwere Krise geraten ist. Auch hier drängt sich das Problem der intereuropäischen Absatzverständigung auf, und privatwirtschaftliche Lösungsschwierigkeiten sind durchaus gegeben. Ich will mich auf diese großen Beispiele beschränken. Zahllose andere kann man sich bilden, wenn man für einzelne Warengebiete die europäische Produktion sich einmal als eine Gesamtheit vorstellt. Die Konsolidierung der industriellen Produktion, mag sie durch gewollte Organisation oder als Ergebnis eines natürlichen Auslese-prozesses eintreten, ist eines der wichtigsten Mittel, die industrielle Produktivität zu stärken. Diese Konsolidierung wird in einzelnen Wirtschaftsgruppen nicht an den politischen Grenzen der Länder Halt machen dürfen, wenn das in einer Notgemeinschaft befindliche Europa insgesamt seine weltwirtschaftliche Stellung verbessern will.

Wesentlich stärker wirkt sich die psychologische Nachkriegseinstellung Europas als Hindernis aus, wenn versucht wird, durch Berufung von Staat zu Staat die wirtschaftliche Konsolidierung Europas zu fördern. Handelt es sich doch hier darum, den wirtschaft-

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der deutsche Beamte
(Nr. 49).